

## Protokoll

über die öffentliche Sitzung

### **des Bürgerforums Westerberg, Weststadt (20)**

am Donnerstag, 28. November 2013

Dauer: 19.40 Uhr bis 20.50 Uhr

Ort: Diakonie-Wohnstift am Westerberg (Haus B), Bergstraße 35 a - c

---

---

#### Teilnehmer/-innen

Sitzungsleitung: Herr Beigeordneter Henning MdL

von der Verwaltung: Herr Stadtrat Otte, Vorstand für Städtebau, Umwelt/Klimaschutz,  
Feuerwehr und Ordnung  
Frau Stumberg, Fachbereich Städtebau / Leiterin Fachdienst  
Verkehrsplanung

Protokollführung: Frau Hoffmann und Herr Goedecke, Büro für Ratsangelegenheiten

## Tagesordnung

### TOP Betreff

---

- 1 Bericht aus der letzten Sitzung
- 2 Von Bürgern etc. angemeldete Tagesordnungspunkte
  - a) Anwohnerparken in der Augustenburger Straße
  - b) Geplanter Fußweg: Lürmannstraße über ehem. Karmann-Grundstück bis zum Wasserhochbehälter an der Gutenbergstraße
  - c) Weiterführung des Radweges Lotter Straße (stadtauswärts rechts) über Lieneschweg und Wilhelmstraße
  - d) Rückbau der Busbucht an der Bushaltestelle „Lotter Kirchweg“ (Rheiner Landstraße, stadtauswärts rechts)
  - e) Neubauten an der Augustenburger Straße (fehlende Baumpflanzungen, Entstehung einer Häuserschlucht)
  - f) Bauhöhe eines Gebäude in der Wilhelmstraße
- 3 Stadtentwicklung im Dialog
  - a) Verkehrsplanung „Quartier Lotter Straße / Ernst-Sievers-Straße“
  - b) Sanierung und Umgestaltung der Freifläche sowie des Spielplatzes auf dem Carl-Hermann-Gosling-Platz
- 4 Anregungen und Wünsche (aus der Sitzung)
  - a) Parken in der Bismarckstraße
  - b) Straßenschäden im Katharinenviertel - Arndtstraße, Alte Synagogenstraße
  - c) Zusätzlicher Parkraum am Klinikum Finkenhügel durch die Verlagerung der Klinik Am Heger Holz
  - d) Zustand Gebäude ehem. Privatklinik in der Herderstraße
  - e) Zustand Heckengang Wilhelmstraße - Lammersstraße
  - f) Kostenkalkulation für den Bau einer Entlastungsstraße West

Herr Henning begrüßt ca. 50 Bürgerinnen und Bürger sowie die weiteren anwesenden Ratsmitglieder - Herrn Dauer, Herrn Meimberg, Frau Pötter - und stellt die Verwaltungsvertreter vor.

## 1. Bericht aus der letzten Sitzung (TOP 1)

Herr Henning verliest den Bericht aus der letzten Sitzung am 24.04.2013 mit den Stellungnahmen der Fachdienststellen zu den Anfragen und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger (siehe Anlage). Der Bericht wurde vor Sitzungsbeginn für die Besucher ausgelegt.

1. Zur **Durchsetzung der Tempo-30-Zone im Bereich Lieneschweg (TOP 1a)** weist ein Bürger darauf hin, dass der Richard-Wagner-Weg auch als Schulweg dient und die Schulwegsicherung absolut Vorrang haben sollte. Er fragt, ob die drei Messstationen dauerhaft bestehen bleiben.

Herr Otte führt aus, dass diese Messstationen wieder entfernt werden. Für die Einrichtung ständiger Messpunkte seien nicht ausreichend Kapazitäten vorhanden.

2. Zum Thema **Absolutes Parkverbot am Lotter Kirchweg (zwischen Voßkamp und Am Heger Turm) (TOP 1b)** wiederholt Herr Dohmann die Forderung nach einem Parkverbot im Abschnitt Voßkamp und Am Heger Turm.

Ein Bürger bittet darum, dass die Verwaltung einen Ortstermin durchführt.

Ein weiterer Bürger, der am Lotter Kirchweg ein Geschäft betreibt, berichtet, dass Begegnungsverkehr in diesem Straßenabschnitt nicht möglich sei.

Weiterhin wird nochmals darauf hingewiesen, dass angesichts auswärtiger Pkw-Kennzeichen offensichtlich Besucher und auch Patienten des Klinikums für längere Zeit dort ihr Fahrzeug abstellen.

Herr Henning bittet die Verwaltung, die Situation nochmals zu prüfen und hierzu mit dem Antragsteller Kontakt aufzunehmen.

## 2. Von Bürgern etc. angemeldete Tagesordnungspunkte (TOP 2)

### 2 a) Anwohnerparken in der Augustenburger Straße

Herr Meyer berichtet, dass die Parksituation - bedingt durch die zwei Großbaustellen und daraus resultierend dem Zuzug neuer Anwohner - zunehmend schwieriger wird. Daher sollte eine Überprüfung zur Einrichtung des Anwohnerparkens zügig durchgeführt werden.

Frau Stumberg stellt anhand einer Karte des Stadtgebietes die Bereiche dar, in denen die Einrichtung des Bewohnerparkens geprüft werden soll und in welchen Bereichen bereits Bewohnerparkzonen ausgewiesen worden sind. Im Anschluss daran erläutert sie die Vorgehensweise bei der Überprüfung der einzelnen Bereiche. Sie legt dar, dass zunächst eine Erhebung der in dem jeweiligen Bereich vorliegenden Parksituation vorgenommen werde und anschließend eine Befragung der Anwohner durchgeführt werde, um zu ermitteln, ob diese sich für oder gegen eine Einrichtung des Bewohnerparkens aussprechen. Sie berichtet, dass derzeit die Bearbeitung des potenziellen Bewohnerparkgebietes 20 (vordere Wüste) erfolgt. Aufgrund von personellen Engpässen habe es hier Verzögerungen gegeben. 2011 habe die Verwaltung einen Vorschlag für die Rangfolge der Untersuchung für die im Masterplan Mobilität vorgeschlagenen Bewohnerparkgebiete gemacht. Danach würde nach dem Bereich Vordere Wüste das Katharinenviertel folgen. Ein Beschluss der zuständigen Rats-

gremien dafür liegt jedoch nicht vor. Deshalb könne auch jetzt keine Aussage getroffen werden, wann im Katharinenviertel die Einrichtung des Bewohnerparkens überprüft werde.

Abschließend weist sie darauf hin, dass für das neue Parkhaus Mitte-West vertraglich vereinbart worden sei, dass 60 Stellplätze zur Vermietung an die Bewohner angrenzender Wohngebiete bereitgestellt werden („Quartiersgarage“). Über die Regularien der Vergabe dieser Stellplätze müsse noch eine Vereinbarung zwischen der Stadt Osnabrück und der OPG getroffen werden.

Herr Meyer berichtet, dass die Parksituation in dem Bereich sehr angespannt sei. Er legt dar, dass viele Anwohner zwei Fahrzeuge besitzen und dazu noch Besucher kommen, die auch Parkplätze benötigen. Er fragt, wann dieser Bereich überprüft werden solle.

Frau Stumberg erklärt, dass für die Überprüfung eines Bereiches etwa ein halbes Jahr benötigt werde. Somit werde die Überprüfung des nächsten Abschnittes, welcher voraussichtlich das Katharinenviertel sei, voraussichtlich im Frühjahr des nächsten Jahres beginnen. Sie weist darauf hin, dass die Platzverhältnisse in dem genannten Bereich angesichts vorhandener Strukturen relativ eng sind. Die angesprochene Vorkehrung, Stellplätze im neuen Parkhaus Mitte-West bereitzustellen, solle zur Entspannung der Parksituation beitragen.

Herr Otte legt dar, dass die bisherigen Beobachtungen in ähnlichen Bereichen gezeigt hätten, dass insbesondere abends die Parksituation besonders angespannt sei. Die zu diesen Zeiten parkenden Autos gehörten zum größten Teil den Anwohnern. Somit sei fraglich, ob durch die Einrichtung des Bewohnerparkens ein positiver Effekt erzielt werden könne, da damit keine neuen Parkplätze geschaffen werden. Aus diesem Grund werde im Rahmen der Überprüfung eine Umfrage durchgeführt. Er weist darauf hin, dass sich die Anwohner anderer Bereiche zum Teil überwiegend gegen die Einrichtung des Bewohnerparkens ausgesprochen haben. Dies liege unter anderem darin begründet, dass den Anwohnern durch die Einrichtung des Bewohnerparkens zusätzliche Gebühren entstehen und der Nutzen im Gegenzug nicht überall gegeben sei. Er erklärt, dass die Umfrage bei den Anwohnern der potenziellen Bewohnerparkbereiche auch deshalb durchgeführt werde, weil den Anwohner nicht vorgegeben werden solle, ob ein Bewohnerparken eingerichtet werden soll.

Eine Bürgerin erkundigt sich, ob die Augustenburger Straße zu dem als nächstes zu prüfenden Bereich des Katharinenviertels oder eher zum Bereich Weststadt zu zählen ist.

Frau Stumberg erläutert, dass als nächstes im Katharinenviertel die Bereiche 17 (stadtauswärts inklusive Herderstraße) und 18 (westlich der Herderstraße bis einschließlich Am Kirchenkamp) überprüft werden. Sie erläutert, dass die Überprüfung neuer Bereiche entlang der bereits bestehenden Bewohnerparkzonen vorgenommen werde, da ein Verdrängungseffekt durch die Einrichtung neuer Bewohnerparkbereiche zu beobachten sei.

Ein Bürger merkt an, dass es seiner Ansicht nach keinen Sinn mache, das Katharinenviertel in zwei nacheinander zu untersuchende Bereiche aufzuteilen.

Eine Bürgerin berichtet, dass sich vor sechs Jahren eine Unterschriftenaktion von Anwohnern für die Einrichtung eines Bewohnerparkens ausgesprochen habe. Die Antwort der Verwaltung sei gewesen, dass aufgrund eines Beschlusses des damaligen Stadtentwicklungsausschusses aus dem Jahr 2005 zunächst die Ergebnisse des Masterplanes Mobilität abgewartet werden müssten. Sie kritisiert, dass durch die jetzt erfolgende Überprüfung eine weitere Aufschiebung der Umsetzung erfolge.

Frau Stumberg legt dar, dass im Rahmen des Masterplanes Mobilität auch die Rangfolge für die Überprüfung der Einrichtung von Bewohnerparkzonen entwickelt worden sei. Diese werde nun bearbeitet. Aufgrund der begrenzten Personalkapazitäten könne jedoch immer nur ein Bereich gleichzeitig überprüft werden.

Herr Henning betont nochmals, dass es wichtig sei, im Rahmen der Überprüfung auch eine Befragung der Anwohner vorzunehmen. Die Maßnahme sei mit Kosten verbunden und solle nicht gegen den Willen einer Mehrheit der Anwohner umgesetzt werden. Die Verwaltung solle zudem prüfen, ob die Bereiche 17 und 18 gemeinsam untersucht werden können.

## **2 b) Geplanter Fußweg: Lürmannstraße über ehem. Karmann-Grundstück bis zum Wasserhochbehälter an der Gutenbergstraße**

---

Herr Sunderdiek fragt, wann die Fußwegeverbindung realisiert wird.

Herr Otte erläutert die Stellungnahme der Verwaltung. Er legt dar, dass für die Realisierung der geplanten Grünwegeverbindung zwischen der Lürmannstraße und dem Fußweg östlich des Wasserhochbehälters seitens der Stadt noch Grunderwerb zu tätigen sei. Er berichtet, dass die Verwaltung diesbezüglich mit der betroffenen Privateigentümerin in Kontakt stehe.

Er erklärt, dass sich im Bereich des ehemaligen Karmanngrundstücks bereits alle benötigten Flächen im Eigentum der Stadt befinden würden. Da die gesamte Fußwegverbindung erst gebaut werden kann, wenn alle dafür benötigten Flächen verfügbar sind, lassen sich derzeit noch keine Angaben zum Realisierungszeitpunkt machen.

Ein Bürger erkundigt sich, welche Planungen es bezüglich des Geländes der ehemaligen Strahlenklinik gibt.

Herr Otte sagt, dass dieser Bereich für Wohnbebauung genutzt werden könnte. Auf Nachfrage eines Bürgers erklärt er, dass der Bau von „Hochhäusern“ nicht vorgesehen sei.

Eine Bürgerin legt dar, dass es bis vor einiger Zeit einen von der Bismarckstraße abgehenden Heckenweg gegeben habe. Dieser sei allerdings inzwischen leider von Anwohnern gesperrt worden. Sie sagt, dass sie dies zwar als bedauerlich empfunden habe, es allerdings so hingenommen habe, da sie der Auffassung gewesen sei, dass der Heckenweg über Privatgrundstücke verlaufen würde. Vor kurzem habe sie jedoch gehört, dass der Weg sich eigentlich in städtischem Eigentum befinden würde. Sie bittet deshalb darum, zu prüfen, ob dies der Fall ist und ob seitens der Verwaltung auf eine Öffnung des Weges hingewirkt werden kann.

Eine Bürgerin fragt, wie die Wegeführung in dem noch zu erwerbenden Bereich gestaltet werden soll.

Herr Otte erklärt, dass es auf dem Gelände eine Wegeführung gegeben habe. Von dieser solle allerdings voraussichtlich abgewichen werden, weil sie viele Steigungen und Senkungen aufweist. Auch bezüglich dieser Thematik stehe die Stadt in Kontakt mit der Eigentümerin. Ziel sei es, den Weg möglichst eben zu gestalten.

## **2 c) Weiterführung des Radweges Lotter Straße (stadtauswärts rechts) über Lieneschweg und Wilhelmstraße**

---

Herr Sunderdiek regt an, diese „Lücke“ im Radweg zu schließen.

Frau Stumberg stellt den angesprochenen Bereich anhand von Fotos und einer Luftaufnahme dar und erläutert dann die Stellungnahme der Verwaltung. Sie erklärt, dass eine Weiterführung des Radfahrstreifens über die Einmündung des Lieneschweges hinweg auf der Fahrbahn aufgrund der fehlenden Breite nicht möglich sei. Den Radfahrer, wie vorgeschlagen, hier auf den Hochbordbereich zu führen, würde bedeuten, ihn in die Wartefläche der Bushaltestelle hinein zu führen. Dies würde Konflikte zwischen Buskunden, Fußgängern und Radfahrern erzeugen. Eine größere Breite zu schaffen, um den Radfahrer konfliktfrei führen zu können, ließe sich nur mit einem Komplettumbau des Haltestellenbereichs unter Eingriff in die Grünfläche / Spielplatz erreichen, der auch den Baumbestand gefährden würde.

## **2 d) Rückbau der Busbucht an der Bushaltestelle „Lotter Kirchweg“ (Rheiner Landstraße, stadtauswärts rechts)**

---

Herr Sunderdick fragt, warum der Rückbau erfolgt ist, da sich nun der Verkehr staut.

Frau Stumberg erklärt, dass der Ausbau einer Bushaltestelle als Fahrbahnrandhaltestelle der Attraktivitätssteigerung des Öffentlichen Personennahverkehrs diene, da der Bus so nach dem Halt ohne Zeitverluste anfahren könne und sich nicht wieder in den fließenden Verkehr einfädeln müsse.

Darüber hinaus sei es für eine barrierefreie Gestaltung einer Haltestelle erforderlich, dass der Bus gerade an die Bordsteinkante heranfahren könne. Um dieses bei einer Busbucht zu ermöglichen, seien verhältnismäßig große Entwicklungslängen zu berücksichtigen, die im Allgemeinen nicht verträglich mit den eingeschränkten Platzverhältnissen im städtischen Umfeld seien. Durch die Anordnung von Bushaltestellen als Fahrbahnrandhaltestelle könne somit wertvoller Raum gewonnen werden, der unter anderem eine barrierefreie Gestaltung der Haltestellen ermögliche.

Sie erläutert, dass die Einsatzgrenzen von Fahrbahnrandhaltestellen sich durch die Busfrequenz sowie die Verkehrsstärke ergeben. Werden hier bestimmte Grenzwerte überschritten, ist der durch einen Bushalt entstehende Rückstau nicht mehr verträglich, es entstehen zu lange Wartezeiten und damit verbunden erhöhte Belastungen des Umfeldes durch Abgas- und Lärmemissionen. Sie stellt klar, dass dieses für die Rheiner Landstraße in dem genannten Abschnitt jedoch nicht zutreffe.

## **2 e) Neubauten an der Augustenburger Straße (fehlende Baumpflanzungen, Entstehung einer Häuserschlucht)**

---

Herr Sunderdick fragt, warum keine Baumpflanzungen an der Straße vorgesehen sind.

Herr Otte legt eingangs dar, dass das Bebauungskonzept des neuen Stadtquartiers auf dem ehemaligen Betriebsgelände der Firma Hagedorn nördlich der Augustenburger Straße auf den Ergebnissen eines städtebaulichen Wettbewerbs basiert. Die dort entstehende Bebauung entspricht einer der innerstädtischen Lage entsprechenden Verdichtung.

Er führt aus, dass Baumpflanzungen im Bereich öffentlicher Straßenverkehrsflächen in der Regel nicht abhängig von der Bebauung auf privaten Baugrundstücken seien, sondern von einer grundsätzlichen Machbarkeit unter Berücksichtigung z. B. vorhandener unterirdischer Kanäle und Leitungen sowie vorhandener Grundstückszufahrten. Inwieweit die Anpflanzung von Straßenbäumen im besagten Bereich möglich ist, werde gegenwärtig im Zuge der konkreten Straßenausbauplanung geprüft. Er berichtet, dass sich eine Anpflanzung von Straßenbäumen in diesem Bereich schwierig gestalten, da dort ein sehr dichtes Leitungsnetz vorliege. Ziel sei es, dort wo es möglich ist, Grünpflanzungen vorzunehmen, um so eine bessere Atmosphäre und eine erhöhte Wohn- und Lebensqualität zu schaffen. Dies sei allerdings aufgrund der zunehmenden Anzahl an unterirdisch verlegten Leitungen nicht immer möglich.

Ein Bürger erklärt, dass es sich hierbei um einen Dauerkonflikt handele. Er kritisiert, dass in der Regel dem Tiefbau Vorrang vor Grünpflanzungen gegeben werde. In dem genannten Straßenzug entstehe so eine Häuserschlucht.

Herr Otte erwidert, dass es immer eine Abwägung geben müsse. In diesem Bereich sei es das Ziel, urbane Strukturen zu schaffen. Mit den Stadtgrenzen, die das Wachstum nach außen hin eingrenzen, müsse immer abgewogen werden, wie dicht einzelne Bereiche besiedelt werden sollen. Ziel sei es, die Menschen in der Stadt zu halten. Dafür müsse die Stadt attraktiv gestaltet werden. Er weist darauf hin, dass in diesem Zusammenhang eine positive Entwicklung mit einer Tendenz zu einem Bevölkerungszuwachs für die Stadt gebe. Er legt dar, dass die zuziehenden Menschen in der Regel eine Verdichtung im Sinne von kurzen

Wegen und einer guten Erreichbarkeit von Arbeitsstelle und Kulturangeboten schätzen würden.

Ein Bürger weist darauf hin, dass nach dem Bebauungsplan im Innenbereich der geplanten Bebauung die Pflanzung von Bäumen vorgesehen sei. Dies würde die fehlenden Bäume am Gehweg zumindest teilweise ausgleichen.

## **2 f) Bauhöhe eines Gebäude in der Wilhelmstraße**

Herr Sunderdiek erkundigt sich nach dem Ausbau eines Gebäudes, bei dem ein weiteres Geschoss entsteht und fragt, ob die Bauvorschriften eingehalten werden.

Herr Otte erklärt, dass es sich bei dem Bauvorhaben (Wilhelmstraße 18) um die Erweiterung und Aufstockung eines Mehrfamilienwohnhauses mit 4 Wohnungen handele. Das vorhandene Dachgeschoss des zweigeschossigen Wohnhauses sei entfernt und durch ein Staffelgeschoss mit Spitzboden ersetzt worden. Er sagt, dass es für das Baugrundstück keinen Bebauungsplan gebe; die Zulässigkeit des Bauvorhabens sei gemäß § 34 Baugesetzbuch (BauGB) zu beurteilen.

Demnach müsste es sich in die Eigenart der näheren Umgebung einfügen. Das geplante Gebäude weist eine Bautiefe von ca. 16 m und eine Gebäudehöhe von ca. 13 m auf. Direkt benachbart sind beispielsweise zwei Mehrfamilienwohnhäuser mit 7 Wohnungen und 12 Wohnungen und Bautiefen von ca. 21 m und ca. 18 m sowie Gebäudehöhen von ca. 12 m und 13 m. Er erläutert, dass durch zahlreiche Prozesse und ergangene Gerichtsurteile zu dieser Thematik eine klare Rechtslage bestehe. Er betont, dass sich das angesprochene Bauvorhaben in die Eigenart der näheren Umgebung einfüge und deshalb zu genehmigen sei.

## **3. Stadtentwicklung im Dialog (TOP 3)**

### **3 a) Verkehrsplanung „Quartier Lotter Straße / Ernst-Sievers-Straße“**

Frau Stumberg stellt anhand einer Präsentation die Verkehrsplanung vor. Die Baltrumweg und der Borkumweg soll noch in diesem Jahr fertig gestellt werden. Sie werden als verkehrsberuhigter Bereich ausgebaut. Dabei wurde darauf geachtet, möglichst viele Stellflächen einzurichten. Die Augustenburger Straße (Abschnitt Gellertstraße - Am Kirchenkamp) wird im Jahr 2014 ausgebaut. Eine Anliegerinformation wird in Kürze stattfinden.

Eine Bürgerin fragt nach einem Ausbau der Radwege in der Augustenburger Straße.

Frau Stumberg erläutert, dass in der Tempo-30-Zone keine separaten Radverkehrsanlagen erforderlich sind.

### **3 b) Sanierung und Umgestaltung der Freifläche sowie des Spielplatzes auf dem Carl-Hermann-Gosling-Platz**

Herr Otte teilt mit, dass im nächsten Jahr mit der Sanierung und Umgestaltung der Freifläche sowie des Spielplatzes auf dem Carl-Hermann-Gosling-Platz begonnen werden soll. Am Montag, 25.11.2013, hat das erste Auftaktplenium zur Umgestaltung des Bereiches stattgefunden. Wünsche und Anregungen für die Umgestaltung des Spiel- und Grünbereiches können ab sofort an den Osnabrücker ServiceBetrieb gerichtet werden. Sobald das Ergebnis vorliegt, erfolgt eine Vorstellung im Bürgerforum.

#### 4. Anregungen und Wünsche (TOP 4)

##### 4 a) Parken in der Bismarckstraße

Eine Anwohnerin der Bismarckstraße fordert, das Parken auf den Bürgersteigen (stadtauswärtige Richtung) zu erlauben. Zurzeit ist das sogenannte halbhüftige Parken vorgeschrieben und entsprechend ausgeschildert. Allerdings hält sich kaum jemand daran. Die Kfz-Führer parken ihre Fahrzeuge auf dem Gehweg, weil sie befürchten, dass ansonsten die Außenspiegel abgefahren werden. Verkehrskontrollen würden nicht stattfinden. Daher sei es zweckmäßig, die aktuelle Parkregelung ganz abzuschaffen.

##### 4 b) Straßenschäden im Katharinenviertel - Arndtstraße, Alte Synagogenstraße

Ein Bürger fragt nach dem weiteren Vorgehen der Verwaltung. Vor einigen Wochen fand eine Begehung statt.

Herr Otte berichtet, dass zurzeit die Ergebnisse der Begehung aufgearbeitet und die dort vorgetragenen Anregungen mit aufgenommen werden. Danach werden die Kosten ermittelt. Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt soll dann über das weitere Vorgehen entscheiden.

##### 4 c) Zusätzlicher Parkraum am Klinikum Finkenhügel durch die Verlagerung der Klinik Am Heger Holz

Eine Bürgerin fragt, ob bzw. wo am Standort Finkenhügel weiterer Parkraum geschaffen wird, wenn der Umzug einer Abteilung vom Natruper Holz in den Neubau am Finkenhügel erfolgt.

Herr Henning bittet die Verwaltung, eine Stellungnahme zu Protokoll zu geben.

##### Anmerkung der Verwaltung zum Protokoll:

*Mit der Genehmigung des Neubaus der Geriatrie- und Frührehabilitation im Jahre 2011 beim Klinikum Osnabrück wurden 96 zusätzliche Stellplätze genehmigt. Diese Stellplätze befinden sich im Bereich des noch im Bau befindlichen Neubaus.*

##### 4 d) Zustand Gebäude ehem. Privatklinik in der Herderstraße

Ein Bürger spricht das Gebäude der ehemaligen Privatklinik in der Herderstraße an. Das Gelände sei vermüllt und biete einen hässlichen Anblick.

Herr Otte bestätigt, dass es sich um einen unschönen Zustand handle und zu hoffen sei, dass eine Besserung eintreten werde. Er berichtet, dass es Interessenten für dieses Grundstück gebe. Da es sich um Privatbesitz handelt, könne die Verwaltung nur dann eingreifen, wenn Gefahr im Verzuge sei.

##### 4 e) Zustand Heckengang Wilhelmstraße - Lammerstraße

Ein Bürger berichtet, dass dieser geschotterte bzw. mit Gras bewachsene Weg als Hundetoilette missbraucht wird. Er regt an, diesen Weg zu pflastern, damit es für Hundehalter unattraktiv wird, ihre Tiere dort zur „Toilette“ zu führen. Dieser Weg wird u. a. genutzt, um zum Kindergarten an der Flohrstraße zu gehen.

Ein weiterer Bürger schlägt vor, dort einen Hinweis auf Hundestationen anzubringen.



**4 f) Kostenkalkulation für den Bau einer Entlastungsstraße West**

Ein Bürger fragt nach Durchführungssatzung für die Bürgerbefragung bzw. nach der Kalkulation der Kosten für den Bau dieser Straße.

Herr Henning berichtet, dass der Text für die Fragestellung für die geplante Bürgerbefragung zur Entlastungsstraße West noch interfraktionell abgestimmt wird. Der Satzungsbeschluss hierzu soll im Rat am 17.12.2013 gefasst werden. Hinsichtlich der Kosten berichtet er, dass bei einer Umsetzung der Maßnahme noch Zuschüsse eingeworben würden.

Herr Otte führt aus, dass die Kalkulation auf Basis der aktuellen Planung erfolgte und dass der Zeitraum bis zur geplanten Bürgerbefragung am 25.05.2014 genutzt werde, um weitere Informationen bereitzustellen, damit die Bürgerinnen und Bürger sich umfassend kundig machen können (siehe auch [www.osnabrueck.de/Entlastungsstrasse-West](http://www.osnabrueck.de/Entlastungsstrasse-West)).

Herr Henning dankt den Besucherinnen und Besuchern des Bürgerforums Westerberg, Weststadt für die rege Beteiligung und den Vertretern der Verwaltung für die Berichterstattung.

gez. Hoffmann  
Protokollführerin

Anlage  
- Bericht aus der letzten Sitzung (zu TOP 1)

## Bericht aus der letzten Sitzung

für das Bürgerforum Westerberg, Weststadt am Donnerstag, 28.11.2013

### a) **Durchsetzung der Tempo-30-Zone im Bereich Lieneschweg** (TOP 1b aus der letzten Sitzung am 24.04.2013 und TOP 2d aus der Sitzung am 29.11.2012)

Im Bürgerforum am 29.11.2012 wurde von mehreren Anwohnern auf die Missachtung des Tempo-30-Gebots hingewiesen und die Verwaltung aufgefordert, verschiedene Vorschläge zur Verbesserung der Situation zu prüfen.

Im Bürgerforum am 24.04.2013 wurde mitgeteilt, dass im Bereich „unterer Lieneschweg“ 2 Mess-Standorte eingerichtet sind und im Bereich „oberer Lieneschweg“ ein weiterer Mess-Standort eingerichtet worden ist. Weiterhin wurde mitgeteilt, dass die Verkehrserhebungen bzw. deren Auswertung noch in Bearbeitung sind.

#### Die Verwaltung teilt Folgendes mit:

Die Verkehrserhebungen (Geschwindigkeitsmessungen an div. Straßen und Fußgängererhebung am Lieneschweg) wurden im Frühjahr 2013 durchgeführt und in der Verkehrsbesprechung am 6.5.2013 behandelt.

Die Geschwindigkeitsmessungen erfolgten in folgenden Bereichen:

- Richard-Wagner-Straße (Messstandort zwischen Johann-Sebastian-Bach-Straße und Beethovenstraße): die Durchschnittsgeschwindigkeit betrug in beiden Fahrtrichtungen 34 km/h, der V85-Wert (die Geschwindigkeit, die von 85% der Fahrzeuge unterschritten wird) lag in Richtung Johann-Sebastian-Bach-Straße bei 42 km/h, in Richtung Beethovenstraße bei 44 km/h. In 24 Stunden wurden 645 Fahrzeuge gezählt.
- Mozartstraße (Messstandort zwischen Lieneschweg und Beethovenstraße): die Durchschnittsgeschwindigkeit in Fahrtrichtung Lieneschweg betrug 26 km/h, in Fahrtrichtung Beethovenstraße 29 km/h. Der V85-Wert lag in Richtung Lieneschweg bei 36km/h, in Richtung Beethovenstraße bei 39 km/h. In 24 Stunden wurden 550 Fahrzeuge gezählt.
- Lieneschweg (Messstandort zwischen Händelstraße und Am Heger Holz): die Durchschnittsgeschwindigkeit in Fahrtrichtung Händelstraße betrug 31 km/h, in Fahrtrichtung Am Heger Holz 33 km/h. Der V85-Wert lag in Richtung Händelstraße bei 40 km/h, in Richtung Am Heger Holz bei 41 km/h. In 24 Stunden wurden 1.400 Fahrzeuge gezählt.

Aus Sicht der Verwaltung sind aufgrund der ermittelten Werte keine Maßnahmen notwendig. Die Geschwindigkeiten entsprechen denen vieler anderer Tempo-30-Straßen in Osnabrück.

Außerdem wurde am Lieneschweg (Caprivistraße - Mozartstraße) eine Fußgängererhebung durchgeführt. Zählzeiten waren 7.00 - 9.00 Uhr, 12.00 - 14.00 Uhr und 16.00 - 18.00 Uhr. In der Spitzenstunde (16.30 - 17.30 Uhr) querten im gesamten Bereich 103 Fußgänger, davon 62 am Zebrastreifen am Konservatorium. Die anderen Querungen verteilten sich großflächig, es wurden keine Konzentrationen auf punktuelle Bereiche festgestellt. Im gleichen Zeitraum befuhren 240 Kfz die Straße. Es werden keine weiteren Überquerungshilfen für erforderlich gehalten.

**b) Absolutes Parkverbot am Lotter Kirchweg (zwischen Voßkamp und Am Heger Turm)** (TOP 2a aus der letzten Sitzung / TOP 1c aus der Sitzung am 06.06.2012 / TOP 2i aus der Sitzung am 07.11.2011)

In der Sitzung war erneut ein beidseitiges Parkverbot gefordert worden, da der Bereich zu Besuchszeiten des Klinikums zugeparkt und damit die Durchfahrt der Straße behindert wird.

Die Verwaltung teilt Folgendes mit: Der Verkehrsaußendienst hat im Bereich Lotter Kirchweg / Voßkamp zu unterschiedlichen Zeiten Kontrollen durchgeführt und festgestellte Parkverstöße entsprechend geahndet. Es ist aber erneut festgestellt worden, dass es regelmäßig keine gravierenden Parkverstöße gibt.